

Literatur-Beilage des Correspondenz-Blatt

Nr. 11

Herausgegeben am 25. November

1911

Inhalt:

	Seite
Aus Bebel's Lebenserinnerungen	81
Die private Volkversicherung, ihr Wesen und ihr Wert und die wichtigsten Reformbestrebungen	82
Literatur über Gewerkschaften und Gewerkschaftsrecht. Der Dienstvertrag der Krankenpflegerinnen	83
Literatur über Arbeiterversicherung. Arbeitslosenunterstützung in Großbritannien	84
Statistische Literatur. Kalifornien	85

	Seite
Volkswirtschaftliche Literatur. Die deutsche Zigarettenindustrie. — Die Lederhafffabrik	85
Soziale Literatur. Das proletarische Kind	86
Politische Literatur. Ein christliches Bekenntnis	86
Literatur über Arbeiterinnen- und Frauenfragen. Stellung und Mitarbeit der Frau in der Gemeinde. — Die Frauen und der politische Kampf	87
Verzeichnis neuer erschienener Bücher und Schriften	87

Aus Bebel's Lebenserinnerungen.

Vor einigen Wochen ist der zweite Band von Bebel's Lebenserinnerungen („Aus meinem Leben“, 2. Teil, 420 Seiten, geb. 3 Mk. J. S. W. Dieck Nachf. Stuttgart) erschienen, der sich dem dritten Bande in jeder Hinsicht zur Seite stellen kann. Den ersten Teil hatte der Verfasser seiner lieben Frau gewidmet, die ihm leider neun Monate darauf durch den Tod entzogen wurde. Der zweite Teil behandelt die Geschichte der Partei von der Periode v. Schweizers bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes 1878. Die Wirksamkeit und der Einfluß v. Schweizers in der Sozialdemokratie wird in Parteikreisen sehr verschieden beurteilt. Die einen sehen in v. Schweizer den genialen Parteiführer, den glänzenden Redner und Organisator, den geschickten Parlamentarier und Journalist, — die anderen kennen ihn als moralisch und politisch höchst zweifelhafte Persönlichkeit, als Diktator, Ränkeschmied und Demagog, als ehrgeizigen Streber, der auch vor dem Verkauf seiner politischen Ueberzeugung nicht zurückgeschreckt wäre und dessen Befestigung ein Glück für die Arbeiterbewegung war. Bebel, der jahrelang mit Liebknecht gegen v. Schweizers Politik gekämpft, der ihn auch persönlich zur Genüge kennen gelernt hat, neigt mehr der letzteren als der ersteren Auffassung zu. Er erklärt v. Schweizer als einen Demagogen großen Stils, als eine Persönlichkeit, „die, wenn sie zu ihren sonstigen Eigenschaften auch die Eigenschaften gehabt hätte, die der Führer einer Arbeiterpartei unbedingt haben muß, Selbstlosigkeit, Ehrlichkeit und volle Hingabe an die zu vertretende Sache, unbeitreitbar der erste Führer der Partei bis an sein Lebensende geblieben wäre“.

Bebel begründet sein Urteil über Schweizers fehlende Charaktereigenschaften in eingehendster Weise und mit so zahlreichen und durchschlagenden Argumenten, daß sich wohl nur wenige Leser ihrer Beweisskraft entziehen werden. Auch wir glauben, daß Bebel Herrn v. Schweizer weit zutreffender beurteilt, als z. B. Mehring, der mehrfach, so auch neuerdings gegen Bebel's Darstellung polemisierte. Auch wenn man zugeben wollte, daß vielleicht die politische Gegnerschaft Bebel's gegen v. Schweizer die völlige Unbefangenheit des Urteils trüben könnte, so bleibt doch immer noch das Verdikt der eigenen Genossen v. Schweizers gegen ihn, die ihn auf der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu Berlin (1872) ausschlossen.

Wiewohl Herr v. Schweizer auch in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung eine hervorragende Rolle gespielt hat, — mit Frißsche gemeinsam war er der Schöpfer der lassalleantischen Gewerkschaften —, so versagen wir es uns

doch, aus Anlaß der Veröffentlichung Bebel's näher auf diese Dinge einzugehen, da sich dieselben, soweit sie nicht persönlicher Natur waren, im wesentlichen auf politischem Gebiete abspielten. Jedenfalls aber hat Bebel zur Beleuchtung der Persönlichkeit v. Schweizers ein reiches Material beigebracht, das der Geschichtsschreiber nicht unberücksichtigt lassen kann.

Die weiteren Kapitel des zweiten Teils beziehen sich auf die Jahre, in denen Bebel seine ersten parlamentarischen Erfolge errang, auf die Stellung der Sozialdemokratie zum deutsch-französischen Kriege und auf die Folgen dieser Stellungnahme, welche Meinungsverschiedenheiten unter den Genossen, die Verhaftung der führenden Genossen durch die preussische Militärdiktatur, sowie den Leipziger Hochverratsprozeß 1872 mit der Verurteilung Liebknechts und Bebel's zu Festungshaft nach sich zogen. Von eindrucksvoller Wirkung ist es, wie Bebel diesem Ungemach immer wieder die menschlich-gemütvolle Seite abzugewinnen weiß. Er schildert, wie ein bei ihm in der Entwicklung begriffenes Lungenleiden, das er sich durch die Strapazen der Agitation und parlamentarischen Tätigkeit zugezogen hatte, durch die unfreiwillige Gefängnisstrafe zum Stillstand gebracht wurde. Auch ein Teil seiner besten Schriften, vor allem sein bekanntestes Werk: „Die Frau“ verdankt der Ruhe des Gefängnisses und der gründlichen Studien während dieser Zeit ihre Entstehung.

Die beiden letzten Kapitel des Bandes, die die Zeit von 1871 bis zum Gothaer Vereinungskongreß und von da bis zum Eintritt des Sozialistengesetzes behandeln, sind von hervorragendem historischem Interesse, sowohl für die Partei, als auch für die Gewerkschaften. Die Gegensätze zwischen den feindlichen Bruderparteien, die Bemühungen, eine Einigung herbeizuführen, und das Mißtrauen, das diese Einigung erschwerte, besonders noch genährt von Marx und Engels, die von London aus eifersüchtig darüber wachten, daß den Lassalleanern auch nicht der kleinste Teil theoretischer Grundsätze geopfert und den Lassalle'schen „Phrasen“ auch nicht das kleinste Zugeständnis gemacht werde, — die Verfolgungen der Tschendorfschen Aera, die schließlich die beiden Parteien zusammenschweißte, das alles wird von Bebel mit lebendiger Darstellungskraft geschildert. Vor allem aber packt das Schlußkapitel, in dem sich allmählich das Ungewitter über dem Haupte der Sozialdemokratie zusammenzieht, durch seine Schilderungskraft. Lange schon ebe die Hödel und Nobiling ihre Arme zum Attentat auf den alten Kaiser erhoben, weiterleuchtete es in der parlamentarischen Atmosphäre, und die Verfolgungen, denen damals alle führenden Genossen ausgesetzt waren, die erschreckende Höhe und Härte der Strafen, die einzelnen gesundheitlich angegriffenen Genossen sogar das Leben kosteten, ließen bereits ahnen, daß ein

Handlungsgeschichten. Die Privatangestellten im Wirtschaftsleben. (Vortrag von P. Lange auf dem 8. Gewerkschaftskongress zu Dresden.) 20 S. Verlag von Paul Lange, Hamburg.

Metallarbeiter. Die 10. Generalversammlung in Mannheim (1911). Anträge, Protokoll, Bericht des Ausschusses. 310 S. Preis 2,75 M.

— Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in der Selbstmetallindustrie beschäftigten Personen. (Festschrift auf Grund statistischer Erhebungen im April-Mai 1910.) 208 S. Verlag von Alex. Schäfer u. Co., Stuttgart.

Schuhmacher. Die Schuhmacher in Deutschland im Lichte der Berufs- und Betriebszählungen von 1882—1907. 31 S. Selbstverlag des Verbandes, Nürnberg.

Stenografie. Protokoll des 8. Verbandstages zu Dresden (1911). 582 S. Selbstverlag des Verbandes, Hamburg.

Textilarbeiter. Filiale Gera. Ein Rückblick auf die Entwicklung der Filiale. (Aus Anlaß des 20jährigen Bestehens.) 20 S. Gera 1911.

Landeskommission für Bauarbeiterfrage in Bayern. Erhebungen bei den Bauten im Agr. Bayern im Jahre 1910 und 1911. 15 S. Verlag: E. Merkel, Nürnberg.

b) Gewerkschaftskarteile und Arbeitersekretariate.

Geleitkirchen. 4. Bericht des Arbeitersekretariats für die Jahre 1909/1910. 14 S. Selbstverlag.

c) Ausland.

Oesterreich. Metallarbeiterverband. Die wirtschaftlichen Kämpfe in der Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie in Oesterreich. (Statistik der Streiks, Ausperrungen und Bewegungen ohne Einstellung der Arbeit sowie der abgeschlossenen Tarifverträge von 1908 bis 1910.) 464 S. Selbstverlag des Verbandes, Wien.

— Oesterreichischer Arbeiter-Kongress für das Jahr 1912. 17. Jahrg. 160 S. 80 Heller. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Jg. Brand u. Co., Wien VI.

Bereinigte Staaten. Deutsch-amerikanische Typographie. 38. Jahresbericht 1910/11. 15 S.

d) Internationales.

Siebente Internationale Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen in Budapest. (10. bis 12. August 1911.) 31 S. (Deutsche Ausgabe.) Verlag von C. Legien, Berlin.

Freiungsgewerkschaften. II. Internationale Konferenz in Zürich 1911. Protokoll der Verhandlungen. 47 S. Verlag von Fr. Gylorn, Berlin N. 113.

Partei-Literatur.

a) Deutschland.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Lehrplan für das 4. Quartal 1911.

Chemnitz. Das neue Heim der „Volksstimme“ und ihre Entwicklung 1891—1911. 32 S. Landgraf u. Co., Chemnitz.

„Sozialdemokratische Partei-Correspondenz“. Generalregister der Jahrgänge 1906—1910. 90 S. Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

Zudokum. Die Wertzuwachssteuer. (Heft 12 der Sozialdem. Gemeindebibliothek.) 58 S. 40 Pf. Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

Thomas. Du sollst deinen Geist nicht töten! Ein Beitrag zur Bekämpfung der Schundliteratur. 24 S. 15 Pf. Buchhandlung Volksstimme, Maier u. Co., Frankfurt a. M.

b) Ausland.

Schweden. Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Jahresbericht für 1910 (143 S.) und Bericht über den stockholmer Kongress 1910. (29 S.) — Verhandlungen des Parteitages in Stockholm 1911. (224 S.) — Politisches und kommunales Programm. (Angenommen 1911.) 40 S. (In schwed. Sprache.)

Jugend-Literatur.

H. Schulz. Gehörst du zu uns? Eine Ansprache an einen jungen Arbeiter. 19 S. Centralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Literatur über Arbeiterversicherung.

Gust. Hoch. Reichsversicherungsordnung nebst Einführungsgezet. Mit Anmerkungen und Sachregister. 728 und 56 S. Geb. 5 M. Verlag von Carl Siebel (Vollst. Zeitschrift f. prakt. Arbeiterversicherung), Berlin. (1. Aufl. bereits vergriffen.)

Reichsversicherungsordnung nebst Einführungsgezet. 616 S. 2 M. W. Mohlhammer, Stuttgart.

Genossenschaftliche Publikationen.

Jahrbuch des Centralverbandes deutscher Konsumvereine. 9. Jahrg. 1911. 1. Band: XXIV u. 906 S. 2. Band: VIII u. 1042 S. Geb. auf 10 M. Verlagsanstalt des Centralverbandes deutscher Konsumvereine, G. Stauffmann u. Co., Hamburg.

Publikationen sonstiger Organisationen.

Deutscher Verband der Krankenpfleger und -pflegerinnen. Bericht über die Verhandlungen des 3. Delegiertentages zu Berlin 1911. 23 S. Verlag: Georg Treiter, Berlin.

Deutscher Kulturbund für Politik. Das Volkswirtschaftsproblem. (Sonderabdruck von Aufsätzen aus der Monatszeitschrift „Deutsche Kultur“.) S. 9. 32 S. Selbstverlag, Berlin-Dramienburg.

Freie Hochschule Berlin. Programm für das Herbst-Quartal 1911. 64 S.

Gesellschaft für Soziale Reform. Die jugendlichen Arbeiter in Deutschland. (Verhandlungen der 5. Generalversammlung 1911 zu Berlin.) 250 S. 1,60 Mark. Verlag von Gust. Fischer, Jena.

Verband süddeutscher katholischer Arbeitervereine. Die Reichsversicherungsordnung. Von Arbeitersekretär H. Adnigbauer. 83 S. 40 Pf.

— Warum muß unsere Volksschule christlich bleiben? 35 S. 25 Pf. Buchhandlung des Verbandes, München.

Volksverein für das katholische Deutschland. Grundfragen unserer Handelspolitik. 152 S. Mart. 1 M.

— Staatsbürger-Bibliothek. S. 18. Selbstverwaltung in den östlichen Provinzen Preußens. 59 S. 40 Pf. — S. 19. Verfassung von Elsaß-Lothringen. 62 S. 40 Pf. — S. 20. Verfassung des Agr. Bayern. 60 S. 40 Pf. Volksvereinsverlag M.-Stadbach.

Volksbund zur Bekämpfung des Schmutzes in Wort und Bild. Nr. 6. Erste Erfahrungen und Beobachtungen in unserer Berliner Kinderlesehalle. 12 S. 20 Pf. Geschäftsstelle des Volksbundes, Berlin.

Centralstelle für soziale Literatur der Schweiz. Jahresbericht für 1910. Zürich.

Ämtliche Literatur.

Bayern. Murrer Führer durch das Agl. Fabr. Arbeitermuseum in München. 15 S. München.

Deutsches Reich. Statistik der Reichstagswahlen von 1907. 1. Nachtrag: Die Erstwahlen. 9 S. 60 Pf. Puttkamer u. Mühlbrecht, Berlin.

— Kriminalstatistik für das Jahr 1909. 437 S. Preis 10 M. Puttkamer u. Mühlbrecht, Berlin.

— Zwei Wirtschaftssrechnungen von Familien höherer Beamten. Restt. Anhang: Wirtschaftssrechnungen von 5 minderbemittelten Familien. (3. Sonderheft z. „Reichs-Arbeitsblatt“.) 33 S. 1 M.

New-York. 10. Jahresbericht des Arbeitskommissioners für 1910. 328 S. Albany. (In engl. Sprache.)

Schweden. Stadens förklaringsmans förmedling i arbetsfrider. Berikamet under År 1910. (Bericht des staatl. Vergleichsbeamten f. 1910.) 53 S. Stockholm.

gesellschaft, die Aufnahme der Anträge, die Einziehung und die Ablieferung der Prämien usw. besorgen.

Zu irgendwelcher Bedeutung hat die Arbeiter-Spar- und Lebensversicherung es nicht bringen können, weil die Arbeitervereine fehlen, auf die sie sich stützen könnte. Im Jahre 1907 hatte die Arbeiter-Spar- und Lebensversicherung einen Bestand von 1602 Policen mit einer Versicherungssumme von 107 845,32 Mk. Für eine siebenjährige Tätigkeit ein wahrhaft klägliches Resultat.

Die von rheinisch-westfälischen Großindustriellen in Düsseldorf begründete Vereins-Versicherungsbank für Deutschland will möglichst die Anwerbung der Versicherten und die Einziehung der Prämien bei der Versicherung der Arbeiter industrieller und kaufmännischer Unternehmungen auf den Unternehmer, und bei der Versicherung der Mitglieder von Verbänden, Vereinen, Sterbekassen, Genossenschaften und ähnlichen Vereinigungen auf diese Vereinigungen übertragen und dadurch die Kosten der Volksversicherung herabsetzen. Den Verfall der Policen glaubt man dadurch erheblich herabzumindein, daß der Arbeitgeber gleich die Prämie vom Lohn abzieht. Dr. S. will die Vereins-Versicherungsbank wenigstens vorläufig als ein gemeinnütziges Unternehmen annehmen; die Gefahr, daß die Bank später einmal zu einem rein kapitalistischen Unternehmen umgestaltet werde, sei vorhanden. Schließlich läßt aber der Verfasser selbst durchblicken, daß die großkapitalistischen Gründer der Versicherungsbank andere als gemeinnützige Ziele im Auge haben. Er sagt (S. 132): „Man hat noch die Befürchtung geäußert, daß die Bank dazu dienen würde, die Arbeiter und Angestellten nur fester an den einzelnen Unternehmer zu fetten und in noch größere Abhängigkeit von ihrem Arbeitgeber zu bringen. Was bisher von maßgebender Seite gegen diesen Vorwurf vorgebracht worden ist, wirkt nicht überzeugend.“

Die von Dr. S. so dringend beantwortete Reorganisation der Volksversicherung kann weder durch die „Arbeiter-Spar- und Lebensversicherung“ noch durch die „Vereins-Versicherungsbank für Deutschland“ mit Erfolg durchgeführt werden. Diese Aufgabe kann nur — das anerkennt auch Dr. S. — durch die tatkräftige Mitarbeit der für die Volksversicherung in Frage kommenden Volkstreife, also der Arbeiter selbst, gelöst werden. Gewerkschaften und Genossenschaften sind die berufenen Organisationen. Dem gemeinsamen Wirken beider wird es sicher gelingen, die Volksversicherung auf eine gesunde Grundlage zu stellen, den Versicherungszweck so zur Durchführung zu bringen, daß keine Nachteile, keine Schädigungen, sondern nur Vorteile für die Versicherten vorhanden sind. Wer noch im Zweifel ist und sich überzeugen will, ob es notwendig ist, daß Gewerkschaften und Genossenschaften die Volksversicherung in die Hand nehmen, der lese die Schrift des Herrn Dr. Söhner. Das darin enthaltene Material wird ihn sicher zu einem energischen Befürworter des geplanten gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherungsunternehmens machen. G. Bauer.

Literatur über Gewerkschaften und Gewerkschaftsrecht.

Der Dienstvertrag der Krankenpflegerinnen unter Berücksichtigung der sozialen Lage. Von Charlotte Reichel. Verlag Gustav Fischer, Jena.

Die Verfasserin bemüht sich seit Jahren (neben der Vorsitzenden Agnes Karll) um die „Verufs-

organisation der Krankenpflegerinnen“. Ihnen die Orientierung in die überaus verschlungenen Labyrinth der Rechtsverhältnisse der Schwestern zu ermöglichen, ist der ausgesprochene Zweck der zirka 100 Seiten starken Schrift. Das bedingt natürlich eine gewisse einseitige Beschränkung; eine umfassende Zusammenstellung der rechtlichen Verhältnisse des gesamten Pflegepersonals in populärer Darstellung fehlt noch immer. Dazu kommt, daß die Judikatur ungemein schwankt, die Rechtslage also keineswegs geklärt ist. So, die zirka 24 000 katholischen Erden-schwestern, die 18 000 Diakonissen und die 3000 Rotkreuz-Schwestern (insgesamt also über die Hälfte des Pflegepersonals) sind nach gegenwärtiger Auffassung des Gerichts überhaupt nicht in der Lage, irgendwelche Rechtsansprüche zur Geltung zu bringen.

Im besonderen untersteht die weltliche Schwester entweder der Gewerbeordnung oder dem B. G. B. Der erstere Fall tritt aber nur in der Minderzahl der Heilanstalten (soweit sie Gewerbebetriebe sind) ein, während die öffentlichen Anstalten bekanntlich auscheiden. Hier gilt der Privat-Dienstvertrag und das B. G. B. Privatpflegeheime gelten als Gewerbebetrieb. Interessant und beachtenswert ist, was Verfasserin über diese fragwürdigen Institute sagt auf S. 11: „Eitmals laden die Inhaberinnen der Pflegeheime durch Vor-spiegelingen Schwestern oder sonstige Personen aus der Provinz in die Großstadt, wo sie dann oftmals bitter enttäuscht, ja, gelegentlich auf die Straße verwiesen werden, um dort Nebenberdienst zu suchen.“ Das kennzeichnet die traurige Situation hinlänglich. Soweit nicht voll „ausgebildete“

Schwestern in Frage stehen, wird sogar gelegentlich die Gewerbeordnung bei der Rechtsprechung mobil gemacht. Auf S. 18-40 wird besonders die Kranken- und Invalidenversicherung behandelt. Hier hat aber die R. V. D. inzwischen neue Rechtsverhältnisse geschaffen, die leider noch nicht mit berücksichtigt sind. Wenn auch nur lose mit dem Thema zusammengehörig, bieten die beiden Kapitel Arbeitszeit (S. 59) und Gehalt (S. 62) doch ein bereicheres Anlagematerial gegenüber den bestehenden Verhältnissen. Auch das Koalitionsrecht wird den Pflegerinnen nicht anstandslos gewährt. „Manche“ Städte verbieten ihren Schwestern den Anschluß an die Berufsorganisation der Krankenpflegerinnen. (S. 81). Da kann sich nun jeder leicht eine Vorstellung machen; um wie vieles schlimmer es in dieser Beziehung noch beim so niederen Anstaltspersonal aussieht! Und so gering die sozialpolitische Fürsorge ist, so groß ist das Maß der Verantwortung, die ihm gesetzlich und faktisch obliegt. So rechtfertigt sich in jedem Betracht, was die Verfasserin auf S. 95 sagt: „Die meisten der vorhandenen Mißstände sind durch Gesetz sanktioniert. Die Krankenpflegerinnen sind bisher die besonders schlecht bedachten Stiefkinder der Sozialpolitik. Eine staatliche Regelung der Verhältnisse erscheint dringend geboten.“ Möge diese Regelung dann aber auch ganze Arbeit machen und sämtliches Pflegepersonal umfassen. Emil Dittmer.

Literatur über Arbeiterversicherung.

Arbeitslosenunterstützung in Großbritannien.

Tables showing the rules and expenditure of Trade Unions in respect of unemployed benefits and also showing earnings in the insured trades. London 1911. Wyman and Son.

Anlässlich der Vorlage des „nationalen Arbeiterversicherungsentwurfes“ veröffentlichte die bri-

Vernichtungskampf gegen die Sozialdemokratie im Werke sei. Die Attentate waren für Bismarck wirklich nur die günstige Gelegenheit und der willkommenen Vorwand, sich der verhassten Partei mittels Gewalt zu entledigen. Mit der Wahl des Reichstages 1878, die ihm die gefügige Mehrheit für seine Zweck lieferte, schließt der Band.

Für den dritten Band, in welchem der Erlaß des Ausnahmegesetzes, die „Heroenzeit“ während dieses Gesetzes und die Entwicklung nach 1890 zur Darstellung gelangen, kündigt Bebel die Veröffentlichung einer Reihe von Briefen an Marx und Engels aus deren literarischen Nachlaß an, die meistens in die Zeit des Sozialistengesetzes fielen. Dieser dritte Band soll voraussichtlich erst nach längerer Zeit erscheinen, obwohl die Vorarbeiten dafür bereits begonnen sind. Hoffen wir, daß es unserem Genossen Bebel vergönnt ist, in ungeschwächter Kraft auch dieses Lebenswerk zu vollenden, das der deutschen Arbeiterbewegung ein frisches Bild ihrer eigenen Entwicklung gibt. U.

Die private Volksversicherung, ihr Wesen und ihr Wert und die wichtigsten Reformbestrebungen.

Von Dr. Paul Arthur Söhner, Tübingen. Verlag von J. E. B. Mohr (Paul Siebeck).

Die unter diesem Titel als Ergänzungsheft II des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik erschienene 141 Seiten starke Schrift ist eine fleißige Arbeit. Unter Hinweis auf eine reichhaltige Literatur gibt der Verfasser eine kurze Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der Volksversicherung und schildert ihren Begriff, ihren Zweck und die Grundlinien ihrer Organisation und Technik. Daran schließt sich der Versuch, eine Bewertung der Volksversicherung nach ihrer positiven wie negativen Seite hin, welche sich in weitem Umfange auf das vorliegende statistische Material stützt.

Dr. S. kommt zu keinem für die Versicherungs-gesellschaften günstigen Urteil; er weist u. a. nach, daß der Prämienzuschlag in der Volksversicherung 2½- bis 4mal so groß ist als in der regulären Lebensversicherung und deshalb zu sehr hohen Gewinnen für die Gesellschaften führen kann und tatsächlich führt.

Die Vorteile der kurzfristigen Prämienzahlung, der unterbliebenen ärztlichen Untersuchung und was sonst an der Volksversicherung gefallen mag, werden denn auch in der Tat von den Versicherungsnehmern recht teuer erkauft. Mit Recht weist der Verfasser darauf hin, daß es nicht angängig erscheint, die Höhe des Prämienzuschlages einfach mit dem Hinweis als „gerechtfertigt“ auszugeben, daß eben das Volksversicherungsgeschäft an und für sich schwierig und kostspielig sei. Selbst wenn man das als richtig zugibt, so ist damit aber nicht bewiesen, daß gerade die ökonomisch schwachen Bevölkerungsschichten nun auch notwendigerweise eine so kostspielige Einrichtung tragen müssen, in welcher sich der Segen und die Wohlthaten der Versicherung unter der Hand vielfach in übermäßige und für den Betroffenen sowie für das Volksganze äußerst schädliche Verluste umwandeln, nicht bewiesen, daß der kleine Mann, wenn überhaupt, nur soviel teurer seine Versicherung bezahlen muß als der Wohlhabende, Reiche. Was vielmehr allein aus der außerordentlichen Höhe des Zuschlages zu entnehmen ist, ist dieses, daß mit allen Mitteln danach

gestrebt werden muß, eine Herabsetzung desselben zu ermöglichen.

Dr. S. kommt zu dem Ergebnis: „Soweit also kurzfristige Versicherungen in Frage stehen und in überwiegender Zahl in der Volksversicherung vorhanden sind, d. h. mit anderen Worten: soweit die Volksversicherung Sparkasse und nicht Lebensversicherung sein will, ist sie, volkswirtschaftlich betrachtet, nicht nur völlig wertlos, sondern, weil außerordentlich schädlich für die Gesamtheit der Versicherungsnehmer, schlechterdings zu verwerfen“. (S. 57.)

In einem weiteren (vierten) Abschnitt folgt sodann eine vergleichende Erörterung der Volksversicherung und Sparkasse in ihren Beziehungen und Wirkungen in sozialer Hinsicht auf die minderbemittelten Bevölkerungsschichten. Der Schlußabschnitt endlich bringt die Beiträge zur Darstellung, die Volksversicherung unter Wahrung ihres Charakters als privatwirtschaftliches Unternehmen auf eine neue Grundlage zu stellen. Nach Ansicht des Verfassers kommen hauptsächlich zwei Unternehmungen dabei in Frage: die im Jahre 1899 vom Allgemeinen Deutschen Versicherungsverein in Stuttgart als eine neue Versicherungskombination eingeführte „Arbeiter-Spar- und Lebensversicherung“ und die am 25. Februar 1907 in Düsseldorf begründete „Vereins-Versicherungsbank für Deutschland“.

Die „Arbeiter-Spar- und Lebensversicherung“ des Allgemeinen Deutschen Versicherungsvereins in Stuttgart hat zum erstenmal grundätzlich davon abgesehen, die Versicherung auf die fortgesetzte Zahlung einer festen Jahres- bzw. Wochen- oder Monatsprämie zu stellen. Der Versicherungsnehmer der „Arbeiter-Spar- und Lebensversicherung“ kann einzahlen, wann er will, soviel er will und sooft er will. Gemäß seiner jeweiligen wirtschaftlichen Lage bestimmt er einen höheren oder geringeren Betrag für den Versicherungszweck. Ist es ihm zuzeiten unmöglich, dafür Ersparnisse zu machen, so unterläßt er die weitere Einlage vorläufig, ohne befürchten zu müssen, daß seine Versicherung erlischt und daß er daraus Verluste erleide. Denn jede Einzahlung gewährleistet ihm eine taritmäßige Summe, die er durch fernere Prämien um entsprechende Beträge nach seinem Willen und wirtschaftlichem Können erhöhen kann. Ärztliche Untersuchung findet nicht statt, der Versicherungslustige muß aber bei der Stellung des Versicherungsantrages gesund, d. h. ohne wahrnehmbare körperliche Leiden und Gebrechen sein. Für einen Versicherten darf die jährliche Einlage den Betrag von 50 Mk. nicht übersteigen. Wenn ein Versicherter vom Zeitpunkt der letzten Gutschrift einer Versicherungssumme ab gerechnet zwei Jahre hindurch keine Einzahlung mehr leistet, so hat derselbe vor der nächsten Zahlung eine Gesundheits-erklärung auf dem vom Verein ausgegebenen Formular beizubringen, auf Grund welcher der Vorstand über die Annahme weiterer Beitragszahlungen entscheidet.

Um billiger zu arbeiten als die Volksversicherung und den Versicherten mehr gewähren zu können, arbeitet die Arbeiter-Spar- und Lebensversicherung nicht mit eigenen Agenten und Einkassierern, sondern sucht durch Vereinbarungen mit Arbeiter- und sonstigen Vereinen Versicherungsnehmer zu gewinnen. Ein von dem Arbeiterverein zu bestellender Vertrauensmann soll den Geschäftsverkehr zwischen den Versicherten und der Ge-

tische Regierung auch einen umfangreichen Bericht über die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung in Großbritannien-Irland, um ein Urteil darüber zu ermöglichen, welchen Umfang die geplante Gewährung von Staatssubventionen an alle Organisationen, die diesen Unterstützungs-zweig pflegen, anfänglich haben wird. Der Bericht enthält bedauerlicherweise nur Tabellen, jede analytische Darstellung der Ergebnisse der Statistik mangelt. Er zeigt auch sonst Kennzeichen einer hâtigen Abfassung; so ist zum Beispiel ein Teil der Gewerkschaften, die gar keine Arbeitslosenunterstützung zahlen, in die Tabellen unter Angabe ihrer Beitragshöhe und sonstigen Unterstützungs-einrichtungen aufgenommen, während andere ausgelassen wurden. Rechnet man die Mitgliederzahlen der „detaillierten Tabellen“ zusammen, so stimmt die Summe nicht immer mit den Angaben in den Uebersichtstabellen überein. Bei einer Anzahl von Organisationen ist in der Rubrik „andere Unterstützungen“ die Unterstützung bei Arbeitskämpfen („dispute benefit“) nicht angegeben; wenn die betreffenden Organisationen eine solche Unterstützung nicht zahlen, so sind sie meines Erachtens nicht als Gewerkschaften zu betrachten, denn in Großbritannien haben alle Arbeiter, mit Ausnahme im Dienst befindlicher Seeleute, das Streikrecht. Doch wollen wir uns nicht mit der Aufzählung weiterer Mängel aufhalten.

Von insgesamt 2 358 040 Gewerkschaftsmitgliedern hatten im Jahre 1908, sofern sie die statistischen Bedingungen erfüllten, 1 455 884 auf Arbeitslosenunterstützung am Ort oder auf Arbeitslosen- und Reiseunterstützung Anspruch, 118 842 nur auf Reiseunterstützung, 17 955 nur auf Unterstützung, wenn sie wegen Ausbruchs einer Infektionskrankheit in ihrer Familie feiern mußten, 53 286 nur auf Unterstützung, wenn sie von einer Aussperrung in einem anderen Gewerbe indirekt betroffen wurden und 31 984 Mitglieder konnten im Fall der Arbeitslosigkeit gelegentlich Unterstützung beziehen, hatten aber keinen bestimmten Anspruch. Kein statutenmäßiges Recht auf Arbeitslosenunterstützung hatten 680 089 Mitglieder; 54 487 davon gehörten Organisationen an, welche die Arbeitslosenunterstützung pflegen, doch waren sie zu ihrem Bezug nicht berechtigt, wie zum Beispiel die invaliden Mitglieder, Lehrlinge, Ehrenmitglieder usw.

Wir wollen uns hier nur mit der Arbeitslosenunterstützung am Ort näher befassen. In den einzelnen Gewerbegruppen ist sie sehr verschieden ausgebildet, was die nachfolgende Tabelle zeigt.

Gewerbegruppen	Zahl der gewerkschaftlich organisiert. Arbeiter	Davon haben Anspruch a. Arbeitsl.-Unterstütz.	
		Anzahl	Proz.
Baugewerbe	176 903	93 005	53
Bergbau und Steinbrüche	718 811	392 542	55
Metallgewerbe	361 289	293 696	81
Textilgewerbe	352 923	310 499	88
Bekleidungs-gewerbe	65 108	41 164	63
Transportgewerbe	221 457	118 277	53
Druckgewerbe	72 509	68 058	94
Holzbearbeitungs-gewerbe	40 897	38 224	91
Andere Gewerbe	348 143	100 419	29
Alle Gewerbe	2 358 040	1 455 884	62

Ueber 90 Proz. der Gewerkschaftsmitglieder können in den Druck- und Holzgewerben Arbeitslosenunterstützung beziehen, über 80, aber weniger wie 90 Proz., in den Textil- und Metallgewerben. Im

Durchschnitt haben nicht ganz zwei Drittel der Mitglieder auf diese Unterstützung Anspruch.

Gewerkschaften mit 44 366 Mitgliedern hatten das Ausmaß der Arbeitslosenunterstützung in ihren Statuten nicht angegeben. Die Mitgliederzahl der übrigen Gewerkschaften verteilt sich nach dem wöchentlichen Höchstausmaß der Unterstützung, auf das im ersten Jahr der Genußberechtigung Anspruch besteht, wie folgt:

Gewerbegruppen	8 Schill. oder weniger	Ueber 8 bis 10 Schill.	Ueber 10 Schill.
	Zahl der Mitglieder		
Baugewerbe	1 201	91 689	115
Bergbau usw.	11 457	315 775	38 002
Metallgewerbe	102 188	175 421	9 285
Textilgewerbe	148 380	99 281	54 750
Bekleidungs-gewerbe	8 764	31 471	879
Transportgewerbe	550	10 742	106 935
Druckgewerbe	4 788	39 788	23 439
Holzbearbeitungs-gew.	2 382	11 179	18 600
Andere Gewerbe	28 717	25 566	44 179
Alle Gewerbe	308 422	806 912	296 184

Weitaus am häufigsten ist demnach ein Unterstützungsausmaß von mehr als 8 bis 10 Schilling in der Woche. Doch ist zu bedenken, daß diese Zahlen den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen, weil einerseits die überwiegende Mehrheit der Mitglieder den Organisationen schon lange angehört, so daß viele auf ein der längeren Vertragsleistung entsprechendes höheres Unterstützungsausmaß Anspruch haben; andererseits wird gewöhnlich das Unterstützungsausmaß nach einer gewissen Dauer der Arbeitslosigkeit herabgesetzt. Um das zu illustrieren, soll ein Beispiel angeführt werden. Die Amalgamated Society of Engineers, die große Maschinenbau-gewerkschaft, zahlt im ersten Jahr nach Ablauf der Karenzzeit ein volles Jahr hindurch Arbeitslosenunterstützung, das Höchstausmaß von 10 Schilling aber nur 14 Wochen hindurch, dann ebensolange je 7 Schilling und in den letzten 24 Wochen je 6 Schill.; nach fünfjähriger Mitgliedschaft verlängert sich die Bezugsdauer auf 78 Wochen; in den ersten 14 davon beträgt das Unterstützungsausmaß 10 Schilling, in den nächsten 30 Wochen 7 Schilling und in den letzten 34 Wochen 6 Schilling; nach zehnjähriger Mitgliedschaft kann das Mindestausmaß der Unterstützung (6 Schilling) von der 45. Woche an so lange bezogen werden, als das Mitglied arbeitslos ist. Ähnliche komplizierte Systeme sind gar keine Seltenheit.

Die nächste Tabelle veranschaulicht die Bezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung, wobei wieder das erste Jahr nach Vollendung der Karenzzeit als einheitliche Vergleichsbasis angenommen ist. Von allen Gewerkschaftsmitgliedern konnten in einem Jahre Arbeitslosenunterstützung beziehen:

In der Gewerbegruppe	40-52 Wochen	27-39 Wochen	14-26 Wochen	10-13 Wochen	9 Wochen oder kürzere Zeit
	Baugewerbe	—	—	54 936	22 150
Bergbau usw.	160 796	36 981	16 407	126 314	24 415
Metallgewerbe	145 691	27 292	97 685	9 223	8 016
Textilgewerbe	14 603	12 980	114 685	52 400	110 386
Bekleidungs-gewerbe	3 070	—	3 333	37 508	273
Transportgewerbe	—	—	116 725	—	—
Druckgewerbe	1 813	176	39 428	12 818	13 475
Holzbearbeitungs-gew.	3 325	270	17 147	12 771	3 808
Andere Gewerbe	12 117	1 719	24 104	53 859	8 540
Alle Gewerbe	341 415	79 418	484 450	327 048	184 832

Außer den Tabellen betreffend die Regelung des Unterstützungswezens enthält das amtliche Wert auch noch Tabellen betr. die Ausgaben der Gewerkschaften für Arbeitslosenunterstützung; die Ausgaben aller Organisationen werden nur pro 1908 mitgeteilt, die Ausgaben der Organisationen in den „versicherungspflichtigen Berufen“ aber pro 1900 bis 1909.

Den Schluß bilden Angaben über die Höhe des Arbeitsverdienstes in den „versicherungspflichtigen Berufen“, die den Ergebnissen der Erhebung über Löhne und Arbeitszeit im Jahre 1906 entnommen sind.

H. Fehlinger.

Statistische Literatur.

California — Fourteenth Biennial Report of the Bureau of Labor Statistics, 1909—1910. Sacramento 1910.

Die Berichte der amerikanischen arbeitsstatistischen Ämter — manche, wie der vorliegende Report Kaliforniens, nur alle zwei Jahre erscheinend. — verfolgen vielfach nicht nur sozialpolitische Zwecke im engeren Sinne. Sie geben vielmehr auch Uebersicht über die industrielle und kommerzielle, in den jüngeren vorwiegend landwirtschaftlichen Staaten sogar über die agrarische Entwicklung; insoweit treten sie also mit an die Stelle etwa der unserer Handels- und Landwirtschaftskammern. Das gilt auch von der letzten reichhaltigen kalifornischen Uebersicht, die zugleich der Schifffahrt, den Minengewerben, der Petroleum- und Holzgewinnung, der Benutzung der reichen natürlichen Wasserkräfte zu Betriebskrafterzeugung und zu Verinselungszwecken längere, meist durch recht instruktive Bilder erläuterte Darstellungen widmet. Die eigentlichen sozialpolitischen Abschnitte beziehen sich diesmal auf die noch sehr wildgewachsene und ungenügend kontrollierte Kinder- und Jugendlichen-Ausbeutung, auf die in allen jüngeren amerikanischen Gebieten außerordentlich wichtigen und vielbeschäftigten Stellenvermittlungsbureaus (Employment Agencies), auf Lohnzahlungsmißstände, besonders auf die langen Abrechnungsperioden, auf die Landarbeit und die Orientalfonkurrenz, auf die Arbeits- und hygienischen Zustände in Läden (besonders Warenhäusern) und Fabriken, auf die Gewerbeaufsicht, die zwar, in Verbindung mit dem Bureau, allmählich eine festere, einflussreichere Organisation gewinnt, aber, wie sich besonders aus dem Kapitel über die Minderarbeit ergibt, noch immer sehr lüdenhaft funktioniert. Weiter des arbeitsstatistischen Amtes ist heute Mr. Madenzie-San-Franzisko.

ms.

Volkswirtschaftliche Literatur.

Die deutsche Zigarettenindustrie.

Von Dr. Kurt Vormann. (Ergänzungsheft 33 zur Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft.) Tübingen, Juvv. 1910. 121 S. Preis 3 M.

Die Entwicklung der Zigarettenindustrie bietet dem Nationalökonomien wie dem Sozialpolitiker ein ganz ungewöhnliches Interesse. Einmal haben wir hier die eigenartige Tätigkeit eines Trusts vor uns, der lange Zeit hoffen durfte, mit allen amerikanischen Kampfmitteln die Außenwelt eliminieren zu können. Ferner spielt die Steuergesetzgebung eine Rolle wie bei wenigen anderen Gewerben. Das ganze Gewerbe in seiner modernen Form ruht schließlich auf einem seltenen Konsumschwung, der wiederum durch unsere veränderte städtische und

industrielle Arbeits- und Lebensweise mit bedingt ist. Aber ein zweiter Faktor dabei war eine mit denkbar stärkster Kapitalkraft, besonders durch Klame und Reisende, betriebene hochorganisierte Absatzförderung. Der Großbetrieb, die Verwendung von Maschinen feierten in dieser Produktion außerordentliche Triumphe. Andererseits hat sich, sowohl in der eigentlichen Zigarettenproduktion wie in den zahlreichen notwendigen Hilfs- und Nebentätigkeiten, ein starkes Stück Heimarbeit gehalten, das sogar zeitweise und für gewisse Branchen und Landstriche noch wächst. Die Probleme der Frauenarbeit spielen eine noch hervorragendere Rolle als anderwärts. Ungewöhnliche Organisationskämpfe sind daraus entstanden und auch sonst auf diesem Felde, vor allem für die Anerkennung der Organisation überhaupt ausgefochten worden. Weiter ist die Lohnrückerei und Lohnkonkurrenz zwischen großen und kleinen Städten, zwischen Stadt und Land deutlich bemerkbar, obwohl gerade die starke Maschinenverwendung dem Lohnfaktor nicht so sehr wie sonst das Uebergewicht für die kapitalistischen Interessen verschafft. Dr. Kurt Vormanns fleißige und sachkundige Darstellung ist unverkennbar von dem Bestreben geleitet, streng objektiv zu bleiben, so daß sie weiteste Beachtung verdient.

ms.

Die Oderschifffahrt.

Daß in dem Buch sich auf Seite 94 eine Fußnote befindet, von der man erst raten muß, zu welcher Stelle im Text sie gehört, da jeder Hinweis fehlt, dafür ist vielleicht die A. Teichert'sche Verlagsbuchhandlung (Georg Böhm), Leipzig, verantwortlich. Den Vorwurf aber, bei einigen Zahlenangaben nicht mit der nötigen Umsicht vorgegangen zu sein, trifft den Verfasser Walter Tiege. Da beträgt z. B. die Entfernung von Kosel nach Stettin 643 Kilometer (Seite 52), von Stettin nach Kosel jedoch 574 Kilometer. Auf der nächsten Seite in die Entfernung zwischen Stettin und Kosel schon wieder 644 Kilometer. Hier hat der Verfasser sich weiter bei der Zusammenrechnung der Strecken, die ein beladener Kahn zurücklegte, um eine Kleinigkeit verrechnet. Ebenso steht auf Seite 27 in der ersten Zahlenreihe der Ausgaben der Oderschifffahrtverwaltung ein kleiner Rechenfehler, auch sind 53 : 7 nicht 7 (S. 46). Gerade wenn man mit Durchschnittszahlen operieren will, muß man peinlich genau sein. Denn ob ein Dampfer sieben Reisen oder eine halbe Reise mehr machte, ist durchaus nicht nebensächlich. Zum Glück knüpft der Verfasser an diese Zahlen keine Konsequenzen, so daß seine Rechenfehler ziemlich unerheblich bleiben; in einem wissenschaftlichen Werk berühren sie aber recht peinlich. Um so mehr, als diese Studien zur Geschichte und zur wirtschaftlichen Bedeutung der Oderschifffahrt viel wertvolles Material bringen. Der Verfasser gibt einen Ueberblick der Geschichte des Stromes und seines Ausbaues und kommt zu dem Resultat, daß seit alters her der Ausbau der Oder im Interesse der Landeskultur vorgenommen worden ist. Erst seit der Reichsgründung sind Strombauten vorgenommen direkt im Interesse der Schifffahrt, die allerdings auch niemals zum Schaden der Anlieger ausschlagen, sondern diesen stets Vorteile bringen. Interessant ist die Untersuchung der Frage, warum die Schifffahrt der Oder nicht die Bedeutung hat, die ihr eigentlich zukommt. Die Schuld trägt die Eisenbahn, die ihre Tarife nicht nach volks-

wollte Jesus nicht, daß die Armen Arme bleiben, so wenig Gott selbst dies wollte, der schon im Alten Testament gesprochen: „Es soll kein Armer unter euch sein“ (5. Mose 15,4). Sollte da hinterdrein der Erlöser gekommen sein und wie ein Bierphilister seinen Jüngern gesagt haben: Gebt euch nur keine Mühe, die Zustände auf dieser Erde zu bessern; da läßt sich nichts machen, die Armut läßt sich nicht aus der Welt schaffen. Das sind entweder geistig Blinde, die den Worten des Heilandes einen solchen Sinn unterschieben oder, was öfter zutreffen wird, herzlose Pharisäer, die es sich selbst wohl sein, ihren Nebenmenschen aber kalten Blutes im Elend verkommen lassen — mit „Verufung“ auf das Wort Gottes.“

So ungelegen den Centrumschriften diese Schrift Feuersteins sein muß, so gelegen dürfte sie unseren Genossen im Kampfe gegen die christlichen Agitatoren kommen, weshalb wir nicht veräumen wollen, dieselbe der Beachtung unserer Gewerkschaftskreise zu empfehlen. W. S.

Literatur über Arbeiterinnen- und Frauenfragen.

Stellung und Mitarbeit der Frau in der Gemeinde. Von Jenno Apolant, Leipzig-Berlin. B. G. Teubner.

Das Büchlein bringt eine Zusammenstellung über das Gemeindewahlrecht der Frau in den einzelnen Bundesstaaten und über die mögliche und bis jetzt ausgeübte Mitarbeit der Frauen in den Gemeinden unter Angabe der hierfür bestehenden Vorschriften. Zum Schluß sind die Verhältnisse fremder Staaten kurz geschildert. Es verfolgt in der Hauptsache informativische Zwecke und wird dieser Aufgabe im weitesten Maße gerecht, um so mehr, als zusammenfassende Uebersichten in ähnlicher Weise bisher nirgends gegeben sind.

Alle, welche die Notwendigkeit der Frauenhilfe in den Gemeinden erkannt haben, werden das Erscheinen des Buches begrüßen. G. S.

Die Frauen und der politische Kampf. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

Luise Zieb schildert in dieser Broschüre die Ursachen der Frauenerwerbsarbeit, den Umfang derselben und die Folgen, die sich hieraus für die Allgemeinheit und im besonderen für die Frauen ergeben. Sie erklärt in eingehender, leicht faßlicher Weise die Interessen der erwerbstätigen Frau an der Gestaltung der Arbeiterversicherung, des Arbeiterschutzes und des Koalitionsrechtes. Hierdurch und durch die Art, in der weiter die Besprechung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse erfolgt, wobei besonders die Zoll- und Steuerpolitik sowie die Vorgänge auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung berücksichtigt werden und ein Bild von der Tätigkeit und den Grundfragen der verschiedenen politischen Parteien im Reiche entrollt wird, wird die Broschüre ihrem Zweck, das Interesse der weiblichen Angehörigen der besitzlosen Klasse für das öffentliche Leben zu wecken, in ausgezeichneter Weise gerecht. Gerade in der jetzigen Zeit ist der kleinen Schrift deshalb weiteste Verbreitung zu wünschen. G. S.

Verzeichnis neuer Bücher und Schriften.

Gewerkschaftliche Publikationen.

a) Deutsche Verbände.

Blumen-, Blätter-, Palmen- und Buschfederarbeiter und -arbeiterinnen. Protokoll des 4. Verbandstages 1911 zu Berlin. 12 Z. Selbstverlag des Vorstandes, Berlin.

Brauerei- und Mühlenarbeiter. Notizkalender für das Jahr 1912. 175 Z. 50 Pf.

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bierfabriker. Nach Erhebungen vom Dezember 1910. Protokoll der Konferenz der Bierfabriker 1911. 160 Z. Selbstverlag des Verbandes, Berlin.

25 Jahre Organisation der Berliner Brauereiarbeiter. Entstehung, Entwicklung und Wirken des Brauereiarbeiterverbandes in Berlin. Dargestellt von H. Richter. 180 Z. Verlag: V. Godyay, Berlin G. 54.

Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter. Statistik über Betriebs-, Organisations- und Tarifverhältnisse sowie über Arbeitszeit, Entlohnung des Hilfspersonals in Buch- und Steindruckereien. Aufgenommen im Januar 1911. 109 Z. Selbstverlag des Verbandes, Berlin.

Hausangestellte. Tätigkeits- und Löhnenbericht der Hauptverwaltung vom 1. April 1909 bis 31. Dezember 1910. 31 Z. Selbstverlag des Verbandes, Berlin.

Lagerhalter. Protokoll der 12. Generalversammlung zu München 1911. 180 Z.

Die Konsumgenossenschaften als Arbeitgeber und ihre Beziehungen zur modernen Arbeiterbewegung. Nach einem Vortrag von G. Döbel. 16 Z.

Die Arbeits- und Gehaltsverhältnisse der in den Konsumvereinen beschäftigten Lagerhalter und Lagerhalterinnen Deutschlands im Jahre 1910. 8 Z. Selbstverlag des Verbandes, Leipzig.

Metallarbeiter. Die Arbeitszeiten in der Eisen- und Metallindustrie Deutschlands. Nach Erhebungen im Mai bis Oktober 1910. 176 Z. Verlag von Alex. Schilde u. Co., Stuttgart.

Tapezierer. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Tapezierergewerbe. Nach Ergebnissen einer im September 1910 aufgenommenen Erhebung. Nebst Anhang: Berufskrankheiten und Arbeitsräume im Tapezierergewerbe. 73 Z. Selbstverlag des Verbandes, Berlin.

Zigarrenfortierer. Protokoll der Verhandlungen der außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes zu Dresden 1911. 40 Z. Verlag von G. Arnold, Hamburg.

b) Gewerkschaftskarteile und Arbeitersekretariate.

Merseburg. Die Arbeiterverhältnisse in Merseburg. Im Auftrage des Kartells bearbeitet von Ad. Diele. 48 Z. 30 Pf. Selbstverlag des Kartells.

c) Ausland.

Großbritannien. Trade Unions-Kongress 1911. 44. Jahresbericht. 280 Z. Herausgegeben vom Parlamentary-Committee.

Norwegen. Metallarbeiter. Jahresbericht für 1910. Christiania.

Oesterreich. Metallarbeiterverband. Bericht über die Tätigkeit des Verbandes 1908 bis 1910. 336 E.

— **Dokumente des Separatismus.** 166 Z.

— **Die Revolte des Separatismus.** 52 Z.

— **Die Organisation der Unternehmer.** 46 E. Verlag des Oesterreichischen Metallarbeiterverbandes, Wien.

wirtschaftlichen, sondern nach fiskalischen Grundsätzen aufbaut. Dafür bringt der Verfasser soviel Material, daß ihm der Beweis gegliückt ist — nicht nur die Oderschiffahrt, die gesamte Volkswirtschaft leidet unter diesen schitanösen Ausnahmetarifen. Auch für die Erkenntnis der Entwicklung der Schiffahrt bringt Tiede einschlägiges Material; bemerkenswert ist die Konstatierung, daß die Schiffe zwar bedeutend größer geworden sind, die Zahl der Besatzung jedoch die gleiche blieb. Die Anlage V bringt drastische Belege für die Klage des Verfassers über die miserable Binnenschiffahrtsstatistik, während die Anlage IV einen rhederoffiziellen Vortrag bringt über die Beschäftigung eines Kabins, der einen unfehlbaren Schluß auf die Ruhezeiten der Binnenschiffer zuläßt. Daß der Verfasser ein Dr. phil. ist, merkt man nur an wenigen Stellen. So z. B., wenn er einmal lateinisch und einmal griechisch spricht oder wenn er Tarife „erstellt“, von „Konsumption“ schreibt oder Statistiken „errechnet“. Im übrigen ist das Buch flott und unterhaltsam geschrieben ohne je den wissenschaftlichen Ernst zu verleugnen. Jeder, der sich für die Fragen interessiert, die der Verfasser behandelt oder der beruflich mit diesen Fragen zu tun hat, wird beim Studium des Buches auf seine Kosten kommen. Lindow.

Soziale Literatur.

Das proletarische Kind.

Es sind durchweg traurige Bilder, die uns Otto Kühle in diesem Buch (262 S. 3 Mt. Verlag von Alb. Langen, München) aufrollt. Sein Versuch, den Werdegang der proletarischen Jugend zu schildern, wird besonders in gegenwärtiger Zeit, die sich an gelegentlich mit der Psychologie der Arbeiter beschäftigt, erhöhtem Interesse begegnen. Nur will es uns scheinen, daß der Verfasser sich allzu ausschließlich an die dunklen Partien des Lebens gehalten hat und von den Sonnenstrahlen, die doch schließlich auch das Dasein eines guten Teiles der Kindheit der Armen verschönt, nichts bemerkt. Er schreibt: „Daß das Schicksal des proletarischen Kindes aus diesem Buche wie ein in düsteren und graufigen Farben gehaltenes Gemälde dem Beobachter entgegentritt, ist nicht die Schuld des Verfassers und resultiert nicht aus vorgefaßter Absicht. Wir galt als erste und ernsteste Pflicht die, die Tatsachen ohne Verschönerung wie ohne Übertreibung, rein nach reellem Gehalt zu buchen und in lebendige Verbindung zu setzen mit den ökonomischen und sozialen Komplexen, denen sie entstammen und in die sie sich organisch eingliedern.“ An Tatsachenmaterial hat es Kühle sicher nicht gefehlt, die Tagespresse und die Fachzeitschriften wimmeln ja von Anlagematerial. Aber die Zusammenstellung dieses Materials ergibt noch keine Monographie des proletarischen Kindes, denn zu einer solchen gehören auch die Lichtseiten des Daseins, auch wenn sie noch so dürrig wären. Und so trostlos ist keine Jugend, daß nicht auch in sie ein Lichtstrahl fiel. Es ist wahrlich nicht notwendig, das Bild der proletarischen Jugend grauer zu malen, als es sich wirklich zeigt. Der praktische Sozialreformer wird in dem Kühleschen Buche eine reiche Sammlung von Materialien finden, die seinem Wirken neue Impulse geben, aber wir vermögen in dem Buche mehr als eine brauchbare Agitationschrift nicht zu erblicken. u.

Politische Literatur.

Ein christliches Bekenntnis.

Vor einigen Wochen ist im katholischen Lager eine neue Bombe geplatzt durch das Erscheinen der Schrift des katholischen Pfarrverweisers Otto Feuerstein in Gaildorf: „Sozialdemokratie und Weltgericht“ (Verlag von Karl Rohm, Lorch in Württemberg, 174 Seiten, Preis 1,50 Mk.). Feuerstein geht mit der Centrumspolitik scharf ins Gericht, er vertritt das sozialdemokratische Endziel der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und jagt auch dem herrschenden Kirchentum manche ungeschminkte Wahrheit. All seine Sätze belegt Feuerstein mit vielen Hinweisen auf die Bibel und auf Religionschriftsteller, so daß sogar Adolf Hoffmann insofern vor ihm die Segel streichen muß.

Feuerstein weist auf die Schweizer Pfarrer Kutter, Nagaz, Pflüger, Reinhardt hin, die in herrlicher Sprache der Christenheit in die Ehren gerufen hätten, was „in derber, schlichter Schwabensprache“ noch einmal konstatiert sei, „damit auch von einem aus dem katholischen Lager zur Wahrheit vorgebrungenen Geistlichen der Wahrheit Zeugnis gegeben werde“ — die Sozialdemokratie habe „vollständig recht“, wenn sie unbeugsam den Kommunismus der Produktionsmittel fordert. Diese Forderung kommt aus den Tiefen des Christentums, sie ist nichts anderes als der Ruf, mit dem Christentum Ernst zu machen. Weil die Kirche die Predigt des Reiches Gottes fallen gelassen hat, muß nun die Sozialdemokratie reden. Die Sozialdemokratie fordert das, was hinter den Dogmen und Sakramenten der Kirche seither zum Durchbruch drängte, die Verwirklichung der Ideale Christi. Sie sehnt sich nach dem Reiche Gottes, steht ihm jedenfalls nicht hinderlich im Wege, wie die Kirche, die nichts von ihm wissen will.

„Die Sozialdemokraten“, schrieb die „Germania“, das Hauptorgan des Centrums, 1877 in einer erleuchteten Stunde, „sind Männer unter intelligenten, zum Teil hochbegabten Führern, alle tief, ja leidenschaftlich den Druck verfehrter gesellschaftlicher Verhältnisse empfindend und entschlossen, alle ihre Kraft einzusetzen, um die Gesellschaft auf gerechteren Grundlagen aufzubauen.“ Wenn sie meistens auch äußerlich unchristlich und unförmlich gebärden, mit dem Munde vorgeblich nichts glauben, so sind sie doch mit ihren, den Idealen Christi entsprungene Tatvorschlügen christlicher und gläubiger als die Gläubigen der Kirche.“

Auch das bekannte Märchen von Ketteler als dem Bahnbrecher der Sozialreform wird von dem katholischen Pfarrer Feuerstein gründlich zerrissen. Er schreibt dazu:

„Christus hat gesagt, schreibt Bischof Ketteler in seiner Schrift „Die Arbeiterfrage und das Christentum“, ihr werdet immer Arme haben. So ist es. Wir werden immer Arme und viele Arme bei uns behalten und der größere Teil des Menschengeschlechtes wird in Mühe und Arbeit sein Brot verdienen müssen und von den sinnlichen Genüssen des Lebens mit wenigen Ausnahmen ausgeschlossen bleiben. Eine wirklich geistvolle Schriftauslegung. Daß Jesus damit sagen wollte: Arme müssen, solange die Welt steht, auf ihr sein, widerspricht seiner ganzen Lehre und seinem Wirken. Hat er doch selbst bei allen Anlässen den Armen geholfen und den Reichen unzählige Male befohlen, Liebe und Barmherzigkeit gegen die Armen auszuüben, also